

Die sowjetische Wirtschaft in der Krise	403
Sowjetische Außenwirtschaft: Devisenknappheit behindert Außenwirtschaftsreform	410

Bibliothek

des

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 34/89

Berlin

24. August 1989

56. Jahrgang

Die sowjetische Wirtschaft in der Krise

Die sowjetische Wirtschaft befindet sich in einer ernsten Umstellungskrise. Viele Elemente des alten Lenkungssystems wurden beseitigt, der Ersatz durch marktwirtschaftliche Steuerungsmechanismen ist noch nicht vollzogen. Der Haushaltsplan weist 1989 ein Defizit von 100 Mrd. Rubel (mehr als 10 vH des Bruttosozialprodukts) aus, das zu über einem Drittel durch Geldschöpfung finanziert wird. Es ist ein massiver Nachfrageüberhang entstanden, der offiziell auf 70 bis 80 Mrd. Rubel beziffert wird, inoffizielle Schätzungen sprechen sogar von 150 Mrd. Rubel. Die Versorgungslage verschlechtert sich immer mehr, selbst Waren des Grundbedarfs wie Zucker, Tee oder Seife sind knapp und vielerorts rationiert worden. Ursächlich dafür ist nicht zuletzt eine verfehlte Investitions- und Strukturpolitik. An der notorischen Vernachlässigung der Konsumgüter- und Nahrungsmittelindustrie hat sich auch unter Gorbatschow nichts geändert. Die Wirtschaftslage wird vor allem auch durch die widersprüchlichen und halbherzigen Reformen destabilisiert. Sie betreffen bis jetzt hauptsächlich die Mikroebene; die Rahmenbedingungen für die Betriebe haben sich kaum geändert. Es fehlt ein freier Handel mit Produktionsmitteln, die administrativ festgelegten Preise fördern Spekulation und Schattenwirtschaft. Die Bergarbeiterstreiks haben gezeigt, daß die Beschäftigten nicht länger bereit sind, die schlechten Lebensbedingungen und die Rechtlosigkeit der Betriebe hinzunehmen.

Gesamtwirtschaft

Das gesamtwirtschaftliche Wachstum entwickelt sich seit Beginn der Planperiode 1986 bis 1990 diskontinuierlich. 1986 und 1988 erhöhten sich die Zuwachsraten, 1987 und im ersten Halbjahr 1989 schwächte sich das Wirtschaftswachstum wieder ab (Zunahme gegenüber dem Vorjahreszeitraum in vH):

	1981- 85 ¹⁾	1986- 90 ¹⁾	1986	1987	1988	1989 1. Halb- jahr
	Ist	Plan	Ist	Ist	Ist	Ist
Brutto- sozialprodukt	4,0	—	4,6	3,3	5	3,5
Produziertes Nationaleinkommen	3,6	4,2	4,1	2,3	4,4	2,5

¹⁾ Im Jahresdurchschnitt

Die im Fünfjahrplan angestrebte Wachstumsbeschleunigung mit über 4 vH jährlich ist mittlerweile kein Ziel mehr. Sie ist auch kaum noch zu erreichen. Das produzierte Nationaleinkommen stieg im Jahresdurchschnitt 1986 bis 1988 um 3,6 vH, wegen des geringen Wachstums 1989 wird der Durchschnitt noch sinken. Überdies ist das ausgewiesene Wirtschaftswachstum wegen der unzureichenden Eliminierung von Preiseffekten überhöht. Der Wirtschaftswissenschaftler Abel Aganbegjan beziffert den Anteil dieses Faktors auf die Hälfte bis zwei Drittel der amtlichen Zuwachsraten¹. Leonid Abalkin, Direktor des Instituts für Ökonomie der Akademie der Wissenschaften, verweist auf Schätzungen, nach denen derzeit etwa 60 vH des Anstiegs des Nationaleinkommens auf Preiserhöhungen beruhen².

¹ Vgl. Pravda Ukrainy vom 10. November 1988.

² Vgl. Narodnoe chozjajstvo Belorussii, Nr. 3/1989, S. 9.

Indikatoren der wirtschaftlichen Entwicklung in der UdSSR
durchschnittliche jährliche Zunahme in vH

	1981—85	1986—90	1986—88	1986	1987	1988	1989 1. Halbj. ¹⁾
	Ist	Plan	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
Beschäftigte ²⁾	0,9	0,5	0,0	0,6	0,4	-0,9	-0,7
Produziertes Nationaleinkommen	3,6	4,2	3,6	4,1	2,3	4,4	2,5
Bruttosozialprodukt	4,0	—	4,3	4,6	3,3	5,0	3,5
Industrieproduktion	3,7	4,6	4,2	4,9	3,9	3,9	2,7
— Produktionsgüter	3,6	4,4	4,2	5,3	3,8	3,5	1,8
— Konsumgüter	3,9	4,9	4,4	3,9	4,2	5,0	5,3
Landwirtschaftliche Bruttoproduktion ³⁾	1,0	2,7	2,9	5,3	-0,6	0,7	—
Gütertransportvolumen	1,4	—	2,5	4,4	2,0	1,3	-1
Arbeitsproduktivität	3,1	4,2	3,8	3,8	2,4	5,1	2,8
— Industrie	3,1	4,6	4,5	4,5	4,1	4,7	4,1
— Bauwirtschaft	2,6	3,9	6,1	4,5	6,3	7,5	3,7
— Landwirtschaft ³⁾	1,5	4,0	5,0	8,6	3,2	3,2	—
— Eisenbahntransport	1,6	2,3	6,1	7,6	6,8	3,9	—
Nominallöhne und -gehälter je Beschäft.	2,4	2,8	4,5	2,9	3,7	7,0	10
Staatsausgaben, jeweilige Preise	5,6	—	5,6	7,9	3,3	5,5	—
Verwendetes Nationaleinkommen	3,1	4,1	2,9	3,4	1,7	3,0	—
Brutto-Anlageinvestitionen ⁴⁾	3,7	4,9	6,8	8,4	5,6	4,8	3
Inbetriebnahme von Grundfonds ⁴⁾ 5)	2,9	—	5,3	5,9	6,8	0,8	-0,8
Einzelhandelsumsatz, jeweilige Preise	3,7	—	4,1	2,4	2,8	7,1	9,4
Export, jeweilige Preise	7,9	—	-2,6	-6,1	-0,2	-1,5	0,3
Export, konstante Preise	1,7	—	4,8	9,2	2,6	2,5	—
Import, jeweilige Preise	9,2	—	-2,0	-9,8	-3,0	7,1	2,5
Import, konstante Preise	6,9	—	-1,0	-4,8	-0,9	2,8	—

1) In vH gegenüber dem 1. Halbjahr 1988. — 2) Arbeiter und Angestellte in der Gesamtwirtschaft, ohne Kolchosen und übrige Genossenschaften. — 3) Mehrjahresdurchschnitte bezogen auf den Durchschnitt zum vorhergehenden Planjahrünft. — 4) 1986-88 lt. Planerfüllungsbericht für 1988. — 5) 1. Halbjahr 1989: Nur Staatssektor, ohne Kolchosen und Genossenschaften und privaten Wohnungsbau.

Quellen: Statistisches Jahrbuch 1987; Planerfüllungsberichte 1987, 1988 und 1. Halbjahr 1989; Statistisches Taschenbuch 1988 der UdSSR.

Zur Schlüsselfrage für die Wirtschaftspolitik wird immer mehr die Bekämpfung der Inflation. Trotz Glasnost werden die für eine Analyse des Inflationsprozesses relevanten Daten nur sehr zögernd der Öffentlichkeit zugänglich gemacht, die vorliegenden Informationen sind nach wie vor bruchstückhaft. Die Preissteigerungen werden statistisch unzureichend erfaßt, die Finanzstatistiken haben nur eine geringe Aussagekraft, über die Geldmengenenwicklung gibt es nur vereinzelte Äußerungen³.

Die Hauptaufgabe bei der Inflationsbekämpfung ist die Reduzierung des Defizits im Staatshaushalt. Die Existenz eines Budgetdefizits wurde erstmals bei der Vorlage des Haushaltsplans für 1989 offiziell bestätigt, nachdem es bereits im Sommer 1988 Hinweise auf ein deficit-spending in Höhe von fast 70 Mrd. Rubel im laufenden Haushaltsjahr gegeben hatte. Das für 1989 geplante Defizit beläuft sich insgesamt auf 100 Mrd. Rubel. Davon sollen 63,4 Mrd. Rubel durch zinslose Staatsbankkredite gedeckt werden. Die damit verbundene Geldschöpfung hofft man durch einen Geldrückfluß an die Staatsbank neutralisieren zu können, vor allem dadurch, daß die Unternehmen ihre Lagerbestände vermindern und den Erlös

zur Tilgung von Krediten der Staatsbank verwenden. Für geplante Ausgaben in Höhe von 36,3 Mrd. Rubel fehlt jegliche Deckung, d. h. hier ist eine Erhöhung der Geldmenge von vornherein geplant⁴.

Das Problem eines defizitären Staatshaushalts ist nicht neu, seit dem Amtsantritt Gorbatschows hat es sich aber erheblich verschärft. Ende der sechziger Jahre wurden erstmals Defizite in Höhe von 3 bis 5 Mrd. Rubel verzeichnet, 1980 lag das Defizit bei 20 Mrd. Rubel. Insgesamt wurden 1971 bis 1985 Kredite in Höhe von 106 Mrd. Rubel zur Budgetfinanzierung aufgenommen. Für die

³ Unumstritten ist auch in der UdSSR der inflationäre Charakter der monetären Entwicklung. 1971 bis 1985 stieg die Geldmenge auf mehr als das Dreifache, während sich die Konsumgüterproduktion verdoppelte. Seitdem hat sich der Geldmengenzuwachs weiter kräftig beschleunigt. „Auch unter den Bedingungen des Sozialismus ist es unmöglich, ökonomische Gesetze endlos zu verletzen“, kommentiert ein Gosplan-Mitarbeiter sarkastisch diese Geldpolitik (vgl. Planovoe chozjajstvo, Nr. 7/1989, S. 24, 30f.).

⁴ Vgl. Kommunist, Nr. 11/1988, S. 66 ff.; Sovetskaja Rossija vom 2. September 1988; Izvestija vom 28. Oktober 1988.

Haushaltslücke 1986 bis 1988 schwanken die Angaben zwischen 43 und 61 Mrd. Rubel im Jahresdurchschnitt. Die Staatsverschuldung Anfang 1989 wird auf 312 Mrd. Rubel beziffert⁵. Als Ursachen für die wachsenden Defizite seit 1986 werden insbesondere der Verfall der Erdölpreise und die Drosselung der Alkoholproduktion genannt, die gegenüber dem Plan für das Budget zu Einnahmeausfällen von jeweils 40 bzw. 36 Mrd. Rubel geführt haben. Es wurden 20 Mrd. Rubel außerplanmäßig investiert, weitere 18 Mrd. Rubel kosteten zusätzliche Sozialprogramme. Hinzu kamen die Folgekosten der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl (8 Mrd. Rubel). Die Beseitigung der Erdbebenschäden in Armenien wird Schätzungen zufolge 8 bis 10 Mrd. Rubel erfordern⁶. Als Konsequenz aus der überbordenden Zunahme der Staatsverschuldung wird von zahlreichen Reformökonomien die Forderung nach einer vom Finanzministerium unabhängigen Staatsbank erhoben⁷. Es wird die Ansicht vertreten, daß die Kreditfinanzierung des Staatshaushalts unter den gegebenen sowjetischen Bedingungen grundsätzlich inflationär wirkt. Sie führe zu einer starken Erhöhung der Geldmenge, da es keine am möglichen Wachstum der Produktion ausgerichtete Geldpolitik gibt. Außerdem wird kritisiert, daß kein Kapitalmarkt existiert und Laufzeiten und Tilgungsbedingungen von Krediten an den Staatshaushalt in der Regel nicht festgelegt werden⁸.

Im ersten Halbjahr 1989 hat sich die Inflation weiter beschleunigt. Die steigende Bedeutung der Kreditfinanzierung für den Staatshaushalt setzte sich fort, die Geldmengenausweitung war um ein Drittel höher als in derselben Periode des Vorjahres⁹. Ein umfassendes Konzept für die Inflationsbekämpfung gibt es bis jetzt nicht. ZK und Ministerrat haben zwar im März 1989 einen Maßnahmenkatalog beschlossen, durch den das Haushaltsdefizit 1989 um 29,3 Mrd. Rubel und 1990 um 33,7 Mrd. Rubel verringert werden soll. Unter anderem sollen die haushaltsfinanzierten Investitionen in den produzierenden Bereichen 1989 um 7,5 Mrd. Rubel gekürzt und die Subventionierung von Verlustbetrieben um 30 vH reduziert werden¹⁰. Trotzdem wird mittlerweile für 1989 ein Defizit von 120 Mrd. Rubel erwartet, da das Erdbeben in Armenien, die Erhöhung der Mindestrenten zum 1. Oktober 1989 sowie die Zugeständnisse an die Bergarbeiter und die Eisenbahner nach den Streiks die öffentlichen Finanzen zusätzlich belasten werden.

Nicht länger tabu sind die Rüstungsausgaben. Von Ministerpräsident Ryshkow wurden erstmals vollständige Angaben der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Bisher sind nur die Aufwendungen für den laufenden Unterhalt der Streitkräfte als Verteidigungsausgaben nachgewiesen worden; für 1989 sind sie mit 20,2 Mrd. Rubel veranschlagt. Hinzu kommen die Kosten für Waffenbeschaffung (32,6 Mrd. Rubel), Forschung und Entwicklung (15,3 Mrd. Rubel), Bautätigkeit (4,6 Mrd. Rubel), Pensionen (2,3 Mrd. Rubel) sowie sonstige Aufwendungen

(2,3 Mrd. Rubel). Für 1989 ergibt dies eine Gesamtsumme von 77,3 Mrd. Rubel¹¹. Staatspräsident Gorbatschow hat bis 1991 eine Kürzung dieser Summe um 10 Mrd. Rubel (14 vH) angekündigt.

Industrie

In der Industrie konnte das im Fünfjahrplan vorgesehene Wachstum seit 1987 nicht mehr erreicht werden. Ausschlaggebend für diese Entwicklung ist die Erzeugung von Produktionsgütern, in der die Zuwachsraten seit 1986 ständig zurückgegangen sind. Demgegenüber weist das Wachstum der Konsumgüterproduktion eine steigende Tendenz auf (Zunahme gegenüber dem Vorjahreszeitraum in vH):

	1981- 85 ¹⁾	1986- 90 ¹⁾	1986	1987	1988	1989 1. Halb- jahr
	Ist	Plan	Ist	Ist	Ist	Ist
Gesamte Industrieproduktion	3,7	4,6	4,9	3,9	3,9	2,7
- Produktionsgüter	3,6	4,4	5,3	3,8	3,5	1,8
- Konsumgüter	3,9	4,9	3,9	4,2	5	5,3
¹⁾ Im Jahresdurchschnitt.						

Absolute Priorität genießt derzeit die Förderung der Konsumgüter- und Nahrungsmittelindustrie und der ihrer Lieferanten von Investitionsgütern. Das Konsumgüterangebot bleibt jedoch immer mehr hinter der steigenden nominalen Kaufkraft der Bevölkerung zurück. Die ausgewiesenen Produktionszuwächse vermitteln überdies ein zu günstiges Bild von der tatsächlichen Entwicklung. In der Leichtindustrie sind sie primär auf Sortimentsverschiebungen zurückzuführen, d.h. es werden verstärkt neue Produkte hergestellt, bei denen Preiszuschläge erhoben werden können. Mengenmäßig ist die Produktion kaum gestiegen, bei vielen Massenbedarfsartikeln ist sie rückläufig. Völlig unbefriedigend ist das Angebot vor allem bei preiswerter Bekleidung für Kinder und die ältere Bevölkerung¹². Bei den langlebigen Konsumgütern

⁵ Vgl. Voprosy ekonomiki, Nr. 6/1989, S. 10; Moscow News, Nr. 18/1989, S. 10; Pravitel'stvennyj vestnik, Nr. 14-15/1989, S. 17; Ekonomiceskaja gazeta, Nr. 24/1989, S. 4; Pravda vom 5. August 1989.

⁶ Vgl. Finansy SSSR, Nr. 6/1989, S.15.

⁷ So von Nikolaj Schmeljow auf dem Volksdeputiertenkongreß. Vgl. Moskau News (deutsche Ausgabe), Nr. 7/1989, S. 8.

⁸ Vgl. Den'gi i kredit, Nr. 5/1989, S. 29 ff.

⁹ Vgl. Izvestija vom 29. Juli 1989.

¹⁰ Vgl. Izvestija CK KPSS, Nr. 5/1989, S. 14 ff.

¹¹ Vgl. Ekonomiceskaja gazeta, Nr. 24/1989, S. 5.

¹² Vgl. Izvestija vom 3. März 1989.

wurden 1988 Planrückstände bei der Erzeugung von Tonbandgeräten, Waschmaschinen und Staubsaugern verzeichnet, die Produktion von Radiogeräten und Pkw sank sogar. Im ersten Halbjahr 1989 war die Pkw-Produktion erneut rückläufig, außerdem die Erzeugung von Nähmaschinen. Die Nahrungsmittelindustrie produzierte 1988 12 vH weniger Zucker als im Vorjahr, im ersten Halbjahr 1989 sank die Produktion noch einmal um 1 vH.

Einen wichtigen Beitrag zur Modernisierung der Konsumgüter- und Nahrungsmittelindustrie und zur Erhöhung des Konsumgüterangebots soll die Rüstungsindustrie leisten. Einige Betriebe werden sogar völlig auf zivile Produktion umgestellt („Konversion“). Beispielsweise sollen künftig 345 Rüstungsbetriebe Ausrüstungen für die Nahrungsmittelindustrie herstellen. Der Anteil der Zivilproduktion in den zum „Verteidigungskomplex“ gehörenden Maschinenbauministerien, der derzeit bei 40 vH liegt, soll in den nächsten zwei Jahren bis auf 60 vH steigen¹³. Diesen Ministerien wurden außerdem die Unternehmen des am 1. März 1988 aufgelösten Maschinenbauministeriums für die Leicht- und Nahrungsmittelindustrie und für Haushaltsgeräte zugeordnet.

Nach den bisherigen Planungen wird für 1990 ein Anstieg der Konsumgüterproduktion um fast 12 vH angestrebt, unter Ausschluß der Nahrungsmittelindustrie soll der Zuwachs 18 vH betragen, bei den langlebigen Konsumgütern 24 vH. Um diese Ziele zu erreichen, wird auch eine Produktionssenkung bei bestimmten Investitionsgütern, z.B. bei Lkw, eingeplant¹⁴.

Landwirtschaft

Die Landwirtschaft ist auch unter Gorbatschow ein Schwachpunkt der sowjetischen Wirtschaft. Die landwirtschaftliche Bruttoproduktion, die 1986 um 5,3 vH gestiegen war, stagnierte 1987 (−0,6 vH) und 1988 (+0,7

vH). Die Getreideernte fiel 1988 mit 195 Mill. t gegenüber 210 Mill. t in den beiden Vorjahren enttäuschend aus. Ausgesprochen schlecht waren 1988 die Erträge bei Obst, die um 14 vH niedriger waren als im Jahresdurchschnitt 1981 bis 1985 — bei Wein sogar um 21 vH. Die Produktion tierischer Erzeugnisse (Fleisch, Milch, Eier) wuchs 1988 um 2 bis 4 vH.

Die künftige Agrarpolitik ist im März 1989 vom ZK-Plenum der KPdSU festgelegt und danach durch mehrere Verordnungen des Ministerrats konkretisiert worden. Für die staatliche Leitung der Landwirtschaft sind künftig die Unionsrepubliken zuständig. Das Staatliche Agrarindustrielle Komitee (Gosagroprom), dem bisher die Landwirtschaft und die Nahrungsmittelindustrie unterstanden, ist aufgelöst worden. Die Unternehmen und Einrichtungen aus seinem bisherigen Verantwortungsbereich werden, von einigen Ausnahmen abgesehen, den Republiken unterstellt. Neu geschaffen wurde auf Unionsebene die Staatliche Kommission für Nahrungsmittel und Aufkäufe beim Ministerrat der UdSSR. Ihre Kompetenzen sind sehr unklar formuliert. Sie soll die Aktivitäten der Ministerien und Behörden im „agrarindustriellen Komplex“ koordinieren, die grundlegenden Entwicklungsrichtungen in diesem Bereich festlegen, bei der Beschaffung und Verteilung von Nahrungsmitteln und landwirtschaftlichen Rohstoffen mitwirken sowie Aufgaben bei der Durchführung von Reformmaßnahmen und in der Sozialpolitik auf dem Lande übernehmen.

Den Kolchosen, Sowchosen und anderen landwirtschaftlichen Betrieben wird das Recht eingeräumt, ihre Produktionsstruktur, ihre Verkäufe und alle anderen ökonomischen Größen (mit Ausnahme der Beziehungen zum Staatshaushalt) selbst festzulegen. Die Übernahme von Staatsaufträgen ist freiwillig auf der Basis von Verträgen,

¹³ Vgl. Pravda vom 13. Juni 1989.

¹⁴ Vgl. Pravda vom 5. August 1989.

Landwirtschaftliche Produktion in der UdSSR

		1986	1987	1988	1981/85 ¹⁾	1986/88 ¹⁾
Getreide	(Mill. t)	210,1	211,3	195,0	180,3	205,5
Zuckerrüben	(Mill. t)	79,3	90,0	87,8	76,4	85,9
Sonnenblumenkerne	(Mill. t)	5,3	6,1	6,2	5,0	5,9
Kartoffeln	(Mill. t)	87,2	75,9	62,7	78,4	75,3
Gemüse	(Mill. t)	29,7	29,1	29,3	29,2	29,4
Früchte und Beeren	(Mill. t)	11,5	7,9	8,9	10,4	9,5
Weintrauben	(Mill. t)	6,5	5,8	5,6	7,1	6,0
Rohbaumwolle	(Mill. t)	8,2	8,1	8,7	8,3	8,3
Leinenfasern	(1000 t)	366,0	425,0	323,0	377,0	374,0
Fleisch	(Mill. t)	18,0	18,6	19,3	16,2	18,8
Milch	(Mill. t)	102,2	103,4	106,4	94,6	104,1
Eier	(Mrd. St.)	80,7	82,1	84,6	74,4	82,7
Wolle	(1000 t)	469,0	455,0	476,0	457,0	469,0

¹⁾ Im Jahresdurchschnitt.

Quellen: Planerfüllungsberichte 1987, 1988 und Statistisches Jahrbuch 1987.

die in der Regel eine Laufzeit von fünf Jahren haben. Die Aufkaufpreise werden mit Wirkung vom 1.1.1990 geändert. Die bisherige regionale Differenzierung der Preise wurde für einige Produkte (Hartweizen, Reis, Mais, Baumwolle, Tabak) ganz beseitigt, für andere (Roggen, Zuckerrüben, Sonnenblumenkerne, Milch, Fleisch) wird sie eingeschränkt. Bei Kartoffeln, Gemüse und Obst werden die Preise vertraglich vereinbart.

Im Unterschied zum bisherigen Schematismus befürwortet das ZK eine Vielfalt organisatorischer Formen in der Landwirtschaft: Kolchosen, Sowchosen, agroindustrielle Kombinate und Agrofirmer, Pachtkollektive und Einzelpächter, Genossenschaftsbetriebe, private Nebengewirtschaften. Allen Formen sollten die gleichen ökonomischen Bedingungen eingeräumt werden¹⁵. In den baltischen Staaten geht man noch einen Schritt weiter. In Lettland z.B. wurde ein Gesetz verabschiedet, das es gestattet, Land nicht nur zu pachten, sondern auf Dauer zu erwerben¹⁶.

Investitionen

Eine wesentliche Ursache für die Inflation liegt in der über lange Zeit verfolgten einseitigen Investitions- und Strukturpolitik. Investiert wurde vor allem in der Schwerindustrie (Brennstoff- und Energiewirtschaft, Metallurgie, Maschinenbau, Chemieindustrie), die Konsumgüter- und Nahrungsmittelindustrie wurden sträflich vernachlässigt. An dieser Investitionsstruktur hat sich auch unter Gorbatschow nichts geändert, sie hat sich zu Lasten der konsumnahen Bereiche noch verschoben (Anteil an den Industrieinvestitionen in vH)¹⁷:

	1971-1975	1976-1980	1981-1985	1986	1987
Brennstoff- und Energiekomplex	29,1	30,0	36,3	38,6	40,1
Leichtindustrie	4,1	3,8	3,7	3,2	2,7
Nahrungsmittelindustrie	7,1	6,5	6,1	5,7	5,5

Der Kapitalstock der konsumnahen Branchen ist infolgedessen überaltert, ihre Möglichkeiten zur Produktionssteigerung sind begrenzt.

Inflationstreibend wirken auch die chronischen Verzögerungen bei der Fertigstellung neuer Produktionsanlagen. Die Bauzeit von Industrieobjekten beträgt im Durchschnitt fast 8 Jahre, im Maschinenbau sind es 10, in der Metallurgie sogar 15 Jahre¹⁸. Die Investitionen sind in den Jahren 1986 bis 1988 mit durchschnittlich 6,8 vH erheblich schneller gestiegen als die Inbetriebnahme neuen Anlagevermögens (5,3 vH). Die unvollendeten Investitionen sind infolgedessen in den letzten Jahren sprunghaft gewachsen (in Mrd. Rubel)¹⁹:

	1986	1987	1988	1989
Am 1. 1. des Jahres	122	133	139	158

Der Wert der gelieferten, aber noch nicht montierten Ausrüstungen betrug zu Beginn des Jahres 1989 14 Mrd. Rubel (1988: 12,7 Mrd.), davon entfielen 4,6 Mrd. Rubel auf Importe²⁰.

Entgegen allen Planungen hat sich die Zersplitterung der Investitionsmittel noch verstärkt. Allein 1988 erhöhte sich die Zahl der Neubauten um mehr als 4 000, die Plankosten der neu begonnenen Bauvorhaben beliefen sich auf 59 Mrd. Rubel²¹.

Bei den Planungen für 1990 wird eine radikale Wende der Investitionspolitik anvisiert. Die aus dem Staatshaushalt finanzierten Investitionen sollen um durchschnittlich 30 vH gekürzt werden, im Brennstoff- und Energiekomplex sowie der Metallurgie sogar um 40 vH. Die Einstellung einer Reihe von Großprojekten wird geprüft, wodurch Einsparungen von 27 Mrd. Rubel für möglich gehalten werden. Die Investitionsstruktur wird zugunsten der nichtproduzierenden Bereiche (z.B. Wohnungsbau) geändert. Insgesamt soll ihr Anteil am Investitionsvolumen 1990 28 vH betragen gegenüber 23,5 vH 1988²².

Einkommen und privater Verbrauch

Die Löhne und Gehälter sowie die Einkommen der Kolchosbauern sind seit 1985 weit stärker gestiegen als geplant (Zunahme in vH gegenüber dem Vorjahreszeitraum):

	1981-85 ¹⁾	1986-90 ¹⁾	1986	1987	1988	1989 1. Halbjahr
	Ist	Plan	Ist	Ist	Ist	Ist
Löhne und Gehälter	2,4	2,8	2,9	3,7	7	10
Einkommen der Kolchosbauern (ohne Verkäufe auf den Kolchosmärkten)	5,2	3,4	6,3	4,4	5	8

1) Im Jahresdurchschnitt.

¹⁵ Vgl. Materialien des Plenums des Zentralkomitees der KPdSU (russ.); 15. bis 16. März 1989, Moskau 1989, S. 86 ff.

¹⁶ Vgl. Izvestija vom 4. Juli 1989.

¹⁷ Vgl. Die Industrie der UdSSR. Statistischer Sammelband (russ.), Moskau 1988, S. 78. Der Investbau in der UdSSR. Statistischer Sammelband (russ.), Moskau 1988, S. 53.

¹⁸ Vgl. Der Investbau ..., a.a.O., S. 68.

¹⁹ Vgl. Ekonomiceskaja gazeta, Nr. 32/1989, S. 12.

²⁰ Vgl. Ekonomiceskaja gazeta, Nr. 17/1989, S. 6.

²¹ Vgl. Pravda vom 24. Mai 1989; Izvestija CK KPSS, Nr. 6/1989, S. 8.

²² Vgl. Pravda vom 5. August 1989; Ekonomiceskaja gazeta, Nr. 24/1989, S. 5; Pravitel'stvennyj vestnik, Nr. 14-15/1989, S. 20.

Die Geldeinkünfte der Bevölkerung wuchsen 1988 um 41 Mrd. Rubel, die Einzelhandelsumsätze nur um 25 Mrd. Rubel, im ersten Halbjahr 1989 waren es 25 bzw. 16,5 Mrd. Rubel; der Nachfrageüberhang hat sich also weiter erhöht. Er wird offiziell auf 70 bis 80 Mrd. Rubel beziffert, inoffizielle Schätzungen sprechen von 150 Mrd. Die Versorgungslage hat sich zugespitzt. Grundnahrungsmittel wie Fleisch, Zucker oder Tee sind vielerorts rationiert worden, Versorgungsengpässe werden auch bei Fisch, Käse und in einigen Regionen selbst bei Brot gemeldet. Unter den industriellen Konsumgütern werden u.a. Waschmittel, Seife, Rasierklingen, Zahnpasta, Kosmetika, Schuhe, Strümpfe und Trikotagen sowie zahlreiche langlebige Konsumgüter als knapp eingestuft. Hamsterkäufe haben die Situation oft noch verschärft²³. Profitiert von der Knappheit hat vor allem die Schattenwirtschaft. Bei Kosmetika übersteigen die Schwarzmarktpreise die staatlichen Einzelhandelspreise mitunter um das 30fache, bei Verhütungsmitteln um das 20fache, bei Fotoerzeugnissen um das 10fache, bei Tee, Seife, Waschmitteln, Zahnpasta, Shampoo oder Kompakt-Kassetten um das 5 bis 6fache. Die Einzelhandelspreise sind nach offiziellen Angaben 1988 um 2,3 vH gestiegen, bei Textilien um 10 vH, bei Schuhen um 8 vH, bei Fleischprodukten um 4 vH²⁴.

Zur Stabilisierung der Versorgungslage sehen die bisherigen Planungen für 1990 eine Steigerung des realen Einzelhandelsumsatzes um mindestens 40 Mrd. Rubel (10 vH) vor. Um den Kaufkraftüberhang abzuschöpfen, wird an verstärkte Sparanreize und die Emission von Staatsanleihen an die Bevölkerung gedacht²⁵.

Reformpolitik

Die im Westen häufig geäußerte Befürchtung, die krisenhafte Wirtschaftsentwicklung könne zum Abbruch der eingeleiteten Reformen führen, hat sich bisher als unbegründet erwiesen. Für die bisherigen Schwierigkeiten wird überwiegend nicht die Reformpolitik verantwortlich gemacht, sondern im Gegenteil die Inkonsequenz und Langsamkeit bei der Umsetzung ihrer Prinzipien in die Praxis. Um den Reformprozeß zu beschleunigen und Inkonsistenzen zu vermeiden, ist beim Ministerrat eine neue Kommission für die Wirtschaftsreform geschaffen worden. Der Kommission gehören Vertreter wichtiger zentraler Wirtschaftsbehörden, zwei Betriebsdirektoren sowie mehrere Wissenschaftler an. Sie soll die weiteren Reformmaßnahmen federführend ausarbeiten und dem Ministerrat entsprechende Vorschläge unterbreiten. Als Arbeitsschwerpunkte werden die Reform des Finanz- und Kreditsystems, der Preisbildung, der Steuern sowie der Beziehungen zwischen Union und Republiken und zwischen staatlicher Leitungsebene und Unternehmen genannt²⁶.

Am 1. Januar 1989 ist der Geltungsbereich des Gesetzes über das Staatsunternehmen²⁷, das 1988 bereits für die Unternehmen von 30 Branchenministerien galt, auf die gesamte Staatswirtschaft ausgedehnt worden. Das Gesetz konnte die Eigenständigkeit der Betriebe gegenüber den Ministerien jedoch nicht in dem gewünschten Maße herbeiführen. Die Staatsaufträge umfaßten oft die gesamte Produktion, die an den Staatshaushalt und die Ministerien zu zahlenden Gewinnabführungen wurden von den Ministerien willkürlich festgelegt und ließen den rentablen Unternehmen in vielen Fällen nur einen Bruchteil der erwirtschafteten Gewinne zur eigenen Verfügung. Durch eine Novellierung des Gesetzes über das Staatsunternehmen hat der Oberste Sowjet Anfang August 1989 die rechtliche Stellung der Unternehmen gestärkt. Die Staatsaufträge dürfen nicht mehr die gesamte Produktion erfassen. Das Recht zur Erteilung von Staatsaufträgen hat ausschließlich Gosplan, die die Ministerien betreffenden Passagen wurden aus dem Gesetz gestrichen. Die Belegschaften können frei darüber entscheiden, ihren Betrieb zu pachten und aus dem Weisungsbereich des Branchenministeriums auszuschcheiden. Die Möglichkeit für jedes Unternehmen, Wertpapiere zu seiner Finanzierung auszugeben, wird gesetzlich verankert. Neu eingeführt wird eine progressive Besteuerung des Lohnfondszuwachses. Sie tritt an die Stelle der bisherigen administrativen Bindung des Lohnfonds an die Produktivitätsentwicklung²⁸.

Als konsequenteste Form der „vollen wirtschaftlichen Rechnungsführung“ wird neuerdings die Verpachtung von Betrieben oder Betriebsteilen an die Belegschaften bezeichnet. Anfangs wurde die Pacht nur in der Landwirtschaft propagiert, jetzt gewinnen Pachtverhältnisse auch in der Industrie, der Bauwirtschaft, dem Handel und dem Dienstleistungssektor an Bedeutung. Die Verpachtung wird dabei nicht länger lediglich als Möglichkeit angesehen, unrentable Betriebe zu ökonomischem Verhalten zu veranlassen und den Staatshaushalt von Subventionen zu entlasten. Verstärkt werden vielmehr grundsätzliche Vorzüge der Pacht angeführt (größere Selbständig-

²³ Vgl. Izvestija vom 29. Juli 1989; Sovetskaja Rossija vom 28. Juli 1989; Pravda vom 5. August 1989.

²⁴ Vgl. Nedelja, Nr. 20/1989, S. 6.; Pravitel'stvennyj vestnik, Nr. 16/1989, S. 3.

²⁵ Vgl. Pravda vom 5. August 1989.

²⁶ Vgl. Ekonomiceskaja gazeta, Nr. 31/1989, S.16. Zum Stand der Reformen Anfang 1989. Vgl. Ulrich Weissenburger: Wirtschaftsreformen in der Sowjetunion: Eine Zwischenbilanz. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 1-1989, S. 85 ff.

²⁷ Vgl. Wirtschaftsreformen in der UdSSR: Stand und Perspektiven. Bearb.: Ulrich Weissenburger und Heinrich Machowski. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 9/1987. Sowjetische Wirtschaftsreform: Das Konzept der Perestrojka gewinnt Konturen. Bearb.: Ulrich Weissenburger und Heinrich Machowski. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 48-49/1987.

²⁸ Vgl. Izvestija vom 3., 4. und 6. August 1989.

keit und stärkeres Eigeninteresse der Beschäftigten, höhere Effizienz, Entbürokratisierung). Außerhalb der Landwirtschaft gab es am 1. Juli 1989 2 000 verpachtete Betriebe, davon 900 in der Industrie.

Die Pachtverträge können eine Laufzeit von 5 bis 50 oder mehr Jahren haben. In ihnen werden die zu zahlende Pacht und die an den Staatshaushalt zu leistenden Abführungen festgelegt. Im Rahmen der geltenden Gesetze und des Pachtvertrags bestimmen die Pächter selbst über ihre wirtschaftlichen Aktivitäten und die Verwendung ihrer Produktion. Sie entscheiden eigenständig über das Lohnsystem und die Arbeitsbedingungen. Strittig ist die in einer Verordnung des Ministerrats enthaltene Bestimmung, die Mittelverwendung für Investitionen, Forschung und Entwicklung (als Summe oder in Relation zu den Einnahmen) zum Bestandteil des Pachtvertrags zu machen. Hierin wird ein Verstoß gegen das Prinzip gesehen, daß die Pächter selbständig über die von ihnen erwirtschafteten Mittel verfügen sollen²⁹.

Für die zentrale Leitungsebene gibt es bis heute kein Reformkonzept. Die Abschaffung der Branchenministerien wird zwar oft gefordert, durch die Regierungsumbildung im Juni 1989 ist ihre Zahl aber lediglich von 52 auf 32 verringert worden. Zusammengelegt wurden u.a. die Ministerien für Erdöl- und Erdgasindustrie, für Schwarz- und Buntmetallurgie sowie für Gerätebau und elektrotechnische Industrie. Das für die Herstellung von Atomsprenköpfen zuständige Ministerium für mittleren Maschinenbau wurde mit dem erst 1986 gegründeten Ministerium für Atomenergie verschmolzen. Mit dem den verpachteten Betrieben gewährten Recht, aus dem Zuständigkeitsbereich des jeweiligen Ministeriums auszuscheiden, ist ein zweiter Schritt getan worden, die Zugriffsmöglichkeit der Branchenministerien auf den gesamten Wirtschaftszweig zu beseitigen. Bereits 1988 sind mehrere „Konzerne“ (offiziell: branchenübergreifende staatliche Vereinigung) entstanden, die als selbständige Unternehmenszusammenschlüsse keinem Ministerium unterstehen. Jetzt wurde das Ministerium für Baumaterialienindustrie aufgelöst, seine Unternehmen werden sich zu mehreren Konzernen zusammenschließen³⁰.

Beschlüsse über wichtige Reformbestandteile stehen noch aus. Die Kompetenzen der Unionsrepubliken in ökonomischen Fragen sind nicht endgültig geklärt. Die Preis-

reform, die eigentlich Anfang 1991 abgeschlossen werden sollte, bereitet weiterhin Kopfzerbrechen. Die Reform der Einzelhandelspreise ist auf die Mitte des kommenden Planjahrfünfts verschoben worden. Noch keine Klarheit herrscht ferner über die Neugestaltung der Unternehmensbesteuerung. Erst in den Anfängen steckt die Entwicklung eines freien Großhandels mit Produktionsmitteln und der Aufbau eines Geschäftsbankensystems. Die Reformpolitik steht somit weiter vor der Aufgabe, den Betrieben die Rahmenbedingungen für unternehmerisches Verhalten zu schaffen.

Ausblick

Für die sowjetische Wirtschaftspolitik besteht ein Dilemma: Sie strebt marktwirtschaftliche Reformen an, will aber trotz des massiven Geldüberhangs eine offene Inflation vermeiden. Dies führt zwangsläufig zu einer inkonsequenten Politik. Einerseits wird auf vielfältige Weise versucht, ein eigenständiges Wirtschaften der Unternehmen zu fördern, andererseits kommt es wegen des Ungleichgewichts von Güter- und Geldmenge immer wieder zu administrativen Eingriffen (Staatsaufträge, Zuweisung von Produktionsmitteln, Preiskontrollen). Diese Lage wurde durch die Reformunwilligkeit zahlreicher Behörden noch verschärft. Mit den Wahlen zum Volksdeputiertenkongreß und der Konstituierung des Obersten Sowjets als Berufsparlament sind die Reformkräfte allerdings gestärkt worden.

Zur Überwindung des Dilemmas sollen die Investitionen in der Schwerindustrie deutlich reduziert und das Konsumgüterangebot wesentlich gesteigert werden. Noch entwickelt werden muß ein wirksames Instrumentarium der Geldpolitik. Die nächsten Jahre bleiben für die Politik der Perestrojka schwierig. Der Westen könnte ihre Erfolgsaussichten dadurch etwas verbessern, daß er der UdSSR Gewißheit verschafft, auch tiefgehende Einschnitte in die Rüstungsaufwendungen ohne Sicherheitsrisiken durchführen zu können.

²⁹ Vgl. Izvestija vom 9. April 1989; Ekonomiceskaja gazeta, Nr. 19/1989, S. 7 f., Nr. 20/1989, S. 11 und 14, Nr. 23/1989, S. 11 f.; EKO, Nr. 7/1989, S. 19 ff.

³⁰ Socialisticeskaja industrija vom 9. August 1989.

Sowjetische Außenwirtschaft: Devisenknappheit behindert Außenwirtschaftsreform

Der Außenhandel hat für die sowjetische Wirtschaft auch im vergangenen Jahr ein ungünstiges Ergebnis gebracht. Die Terms of Trade haben sich zum dritten Mal in Reihenfolge spürbar verschlechtert (−8 vH). Verursacht wurde diese Entwicklung in erster Linie durch den gesunkenen Exportpreis des Mineralöls (im Handel mit den RGW-Staaten: −15 vH, im Handel mit den OECD-Staaten: −22,5 vH). Es zeigte sich erneut, daß es in der UdSSR nicht genug konkurrenzfähige Halb- und Fertigwaren gibt, um die Einbußen aus dem Verkauf von Mineralöl und Erdgas zu kompensieren. Insgesamt hat der Außenhandel zu den Versorgungsschwierigkeiten auf dem sowjetischen Binnenmarkt beigetragen. Die von der sowjetischen Führung angestrebte stärkere Integration der Wirtschaft in die Weltwirtschaft erfordert den Aufbau einer wettbewerbsfähigen verarbeitenden Industrie. Dies kann — wenn überhaupt — nicht vor Mitte der neunziger Jahre gelingen. Ungewiß bleibt, ob die neuen Bestimmungen zur Außenwirtschaftsreform angesichts der spürbaren Devisenknappheit in die Praxis umgesetzt werden können.

Ungünstige Entwicklung der Terms of Trade

Der Wert der sowjetischen Ausfuhr betrug 1988 rd. 67 Mrd. Valuta-Rubel (VRbl)¹. Verglichen mit dem Vorjahr bedeutet dies erneut ein Minus (−1,5 vH); gegenüber 1985, dem bisherigen Höchstwert in der sowjetischen Wirtschaftsgeschichte (73 Mrd. VRbl), war dies ein deutlicher Rückgang (−7,5 vH). Der Wert der im vergangenen Jahr eingeführten Waren war mit 65 Mrd. VRbl um 7 vH höher als 1987. Das bisherige Spitzenresultat von 1985 (69 Mrd. VRbl) wurde aber auch hier deutlich verfehlt (−6,5 vH).

Verursacht wurde dieser Ablauf durch die für die sowjetische Wirtschaft ungünstige Preisentwicklung auf den Auslandsmärkten. Nach Angaben von Ministerpräsident Ryschkow fiel der Preis, den die UdSSR beim Ölexport in den Westen erzielt hat, von 160 VRbl/t (1985) auf 60 VRbl/t (1988), d. h. auf fast ein Drittel². Er bezifferte allein die Verluste aus dem Verkauf von Mineralöl und Erdgas auf westlichen Märkten in den letzten drei Jahren auf 25 Mrd. VRbl (das waren nach dem 1988er Umrechnungskurs über 41 Mrd. US-\$). Hinzu kam, daß der Importpreis für Getreide im vergangenen Jahr um ein Drittel auf 67,5 VRbl/t gestiegen ist; die Getreiderechnung hat sich auf 2,4 Mrd. VRbl und damit um die Hälfte erhöht.

Insgesamt gesehen mußte die UdSSR daher seit 1985 deutliche Terms of Trade-Verluste hinnehmen (jährliche Veränderungen in vH):

	1986	1987	1988	Index 1988 (1985 = 100)
Ausfuhr				
Wert	− 6,1	−0,2	−1,5	92,3
Volumen	+ 9,2	+2,6	+2,5	114,8
Preise	−14,0	−2,7	−3,9	80,4
Einfuhr				
Wert	− 9,8	−3,0	+7,1	93,7
Volumen	− 4,8	−0,9	+2,8	96,9
Preise	− 5,3	−2,1	+4,2	96,7
Terms of Trade				
	− 9,2	−0,6	−7,8	83,2

Wegen der verschlechterten Austauschbedingungen wurde das Exportvolumen seit 1986 spürbar erhöht (+15 vH) und gleichzeitig die Einfuhr mengenmäßig zurückgefahren (−3 vH). Der Ausfuhrüberschuß ist als Ergebnis dieser Strategie — in realer Rechnung — merklich gewachsen (in Mrd. VRbl):

	1986	1987	1988
zu jeweiligen Preisen	5,8	7,4	2,1
zu Preisen von 1985	13,3	16,0	16,2

Die Differenz zwischen dem realen und dem nominalen Ausfuhrüberschuß — 1986 bis 1988 rund 30 Mrd. VRbl — zeigt, welche Verluste der sowjetischen Wirtschaft durch die Verschlechterung der Terms of Trade entstanden sind³. Die binnenwirtschaftlichen Konsequenzen dieser Entwicklung lassen sich indes nicht quantifizieren, vor allem, weil der Kurs zwischen dem Valuta-Rubel und dem heimischen Rubel nicht bekanntgegeben wird⁴.

Die Exportquote der sowjetischen Wirtschaft — gemessen am produzierten Nationaleinkommen — hat im Vergleich der Jahre 1986/88 real um 9 vH zugenommen. Die Importquote — bezogen auf das verwendete National-

¹ Der Valuta-Rubel (VRbl) ist eine Recheneinheit, die dem statistischen Ausweis des Außenhandels dient. Sein Umrechnungskurs, der von der Staatsbank festgesetzt wird, betrug 1988: 1 VRbl = 1,65 US-\$ (Vorjahr: 1,58 US-\$). Der Kurs gegenüber dem Binnen-Rubel wurde bisher nicht veröffentlicht. Der VRbl ist nach dem amtlichen, ökonomisch indes fiktiven Goldgehalt identisch mit dem Transfer-Rubel (TRbl), der gemeinsamen Verrechnungswährung (Buchgeld) der RGW-Staaten.

² Ekonomiceskaja gazeta, Nr. 24/1989, S. 6.

³ Vgl. Economic Commission for Europe: Economic Survey of Europe in 1988-1989. New York 1989, S. 163.

⁴ Der neugewählte sowjetische Finanzminister Pawlow hat kürzlich die Kaufkraftparität zwischen diesen Währungseinheiten im Bereich des privaten Verbrauchs mit 1:4 beziffert (vgl. Izvestija vom 11. Juli 1989).

Entwicklung des sowjetischen Außenhandels
1985 bis 1988

Länder	1985	1986	1987	1988	1985	1986	1987	1988
	Ausfuhr				Einfuhr			
	Mrd. VRbl ¹⁾							
Insgesamt	72,7	68,3	68,1	67,1	69,4	62,6	60,7	65,0
RGW (9) ²⁾	40,2	42,2	40,7	39,0	37,9	37,8	38,9	39,8
DDR	7,7	7,9	7,6	7,2	7,6	7,1	7,1	7,0
Übrige Sozialistische Länder ³⁾	4,2	3,5	3,5	3,8	4,6	4,0	3,3	3,5
OECD-Länder	18,7	13,2	14,4	14,7	19,4	16,0	14,0	16,5
EG (12)	13,1	9,0	9,8	10,2	8,5	7,2	6,9	7,5
Bundesrepublik Deutschland ⁴⁾	4,3	2,9	2,5	2,5	3,3	3,0	2,7	3,3
EFTA	4,2	2,8	3,0	3,0	4,6	4,1	3,5	4,1
Österreich	0,8	0,5	0,4	0,5	0,9	0,9	0,6	0,7
Japan	0,9	1,0	1,0	1,2	2,3	2,2	1,6	2,0
USA	0,3	0,3	0,3	0,3	2,4	1,1	0,9	1,8
Entwicklungsländer	9,5	9,4	9,6	9,3	7,5	4,8	4,6	5,2
	Länderstruktur in vH							
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100
RGW (9) ²⁾	55,4	61,7	59,7	58,2	54,6	60,4	64,0	61,2
DDR	10,6	11,5	11,2	10,7	10,9	11,4	11,7	10,8
Übrige Sozialistische Länder ³⁾	5,8	5,1	5,1	5,7	6,6	6,5	5,4	5,4
OECD-Länder	25,8	19,4	21,1	21,9	28,0	25,5	23,0	25,4
EG (12)	18,1	13,2	14,4	15,1	12,2	11,5	11,4	11,6
Bundesrepublik Deutschland ⁴⁾	5,8	4,2	3,7	3,8	4,7	4,7	4,4	5,1
EFTA	5,7	4,1	4,4	4,4	6,6	6,5	5,8	6,3
Österreich	1,1	0,8	0,6	0,7	1,2	1,4	1,0	1,1
Japan	1,3	1,4	1,4	1,8	3,3	3,5	2,7	3,0
USA	0,4	0,5	0,4	0,5	3,4	1,8	1,5	2,7
Entwicklungsländer	13,0	13,8	14,0	13,9	10,8	7,7	7,6	7,9
	Jährlicher Saldo in Mrd. VRbl ¹⁾				Relation Ausfuhr zur Einfuhr in vH			
Insgesamt	3,2	5,7	7,4	2,1	104,7	109,1	112,2	103,2
RGW (9) ²⁾	2,3	4,4	1,8	-0,8	106,2	111,5	104,7	98,0
DDR	0,1	0,8	0,5	0,2	101,0	110,6	107,7	102,4
Übrige Sozialistische Länder ³⁾	-0,4	-0,6	0,2	0,3	92,1	85,8	107,3	108,3
OECD-Länder	-0,7	-2,7	0,4	-1,8	96,4	82,9	102,9	88,9
EG (12)	4,7	1,8	2,9	2,6	155,0	124,7	141,8	135,1
Bundesrepublik Deutschland ⁴⁾	1,0	-0,1	-0,2	-0,7	130,6	97,0	93,1	77,2
EFTA	-0,4	-1,3	-0,5	-1,1	90,7	69,0	86,0	72,8
Österreich	-0,1	-0,3	-0,2	-0,3	93,1	63,4	71,9	63,9
Japan	-1,4	-1,2	-0,7	-0,8	40,6	44,4	59,7	60,7
USA	-2,1	-0,8	-0,6	-1,4	13,7	27,3	30,3	18,7
Entwicklungsländer	2,0	4,6	4,9	4,2	126,2	196,6	206,1	180,9

1) Der Valuta-Rubel (VRbl) dient als reine Recheneinheit nur dem statistischen Ausweis des Außenhandels. Sein Umrechnungskurs betrug 1985: 1.19 US-\$, 1986: 1.42 US-\$, 1987: 1.58 US-\$ und 1988: 1.65 US-\$. — 2) Bulgarien, CSSR, DDR, Kuba, Mongolei, Polen, Rumänien, Ungarn und Vietnam. — 3) VR China, Jugoslawien, Laos und Nord-Korea. — 4) Einschließlich Berlin (West).

Quelle: Außenhandelsjahrbücher der UdSSR.

einkommen — ist gleichzeitig real um 7 vH gesunken⁵. Der Außenhandel hat zu den Versorgungsschwierigkeiten auf den Binnenmärkten beigetragen.

Aspekte der Länderstruktur

Unter den Handelspartnern der UdSSR bilden die RGW-Länder die mit Abstand wichtigste Ländergruppe.

Der Wert der sowjetischen Ausfuhr dorthin ist 1988 um über 1,5 Mrd. VRbl (-4 vH) gesunken. Real lag die Ausfuhr indes auf dem Vorjahresniveau. Allein der Preis

⁵ Bei der Berechnung der Export- und Importquoten sind die für die Jahre 1986 bis 1988 offiziell ausgewiesenen Wachstumsraten (produziertes Nationaleinkommen: +11,2 vH, verwendetes Nationaleinkommen: +7,9 vH) im Sinne Aganbegjans um die Hälfte deflationiert worden.

Warenstruktur des sowjetischen Außenhandels
1985 bis 1988

Warengruppen ¹⁾	Welt				Sozialist. Länder ²⁾				Übrige Länder			
	1985	1986	1987	1988	1985	1986	1987	1988	1985	1986	1987	1988
Ausfuhr	Anteile in vH											
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Maschinen, Ausrüstungen u. Transportmittel	13,9	15,0	15,5	16,2	16,9	17,1	17,9	19,6	9,2	10,8	11,1	10,2
Brennstoffe u. Elektroenergie	52,7	47,3	46,5	42,1	49,8	50,1	47,9	43,6	57,3	41,9	43,9	39,5
Erze u. Metalle	7,5	8,4	8,5	9,5	10,1	10,2	10,1	10,1	3,4	4,8	5,6	8,4
Chemische Erzeugnisse u. Kautschuk	3,9	3,5	3,4	4,0	3,9	3,6	3,6	4,1	3,9	3,0	3,1	3,8
Holz, Papier u. Zellulose	3,0	3,4	3,3	3,5	3,0	2,9	2,7	2,6	3,0	4,4	4,4	5,1
Textilrohstoffe u. -halbwaren	1,3	1,4	1,5	1,6	1,9	1,8	1,9	2,0	0,4	0,6	0,8	0,9
Landwirtsch. Erzeugnisse u. Nahrungsmittel	1,5	1,6	1,6	1,7	1,6	1,4	1,5	1,5	1,3	2,0	1,8	2,1
Industrielle Konsumgüter	2,0	2,4	2,6	2,8	2,2	2,3	2,6	3,0	1,7	2,6	2,6	2,4
Übrige Waren	14,2	17,0	17,1	18,6	12,2	10,6	11,8	13,5	17,4	29,7	26,8	27,6
Einfuhr	Anteile in vH											
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Maschinen, Ausrüstungen u. Transportmittel	37,1	40,7	41,4	40,9	47,4	46,4	47,8	47,1	20,9	29,2	27,0	28,5
Brennstoffe u. Elektroenergie	5,3	4,6	3,9	4,4	1,8	2,0	1,8	2,1	10,8	9,8	8,6	9,0
Erze u. Metalle	8,3	8,3	8,1	8,0	4,9	5,4	5,1	4,9	13,7	14,1	14,9	14,2
Chemische Erzeugnisse u. Kautschuk	5,0	5,1	5,3	5,0	3,0	3,0	2,8	2,8	8,2	9,3	11,0	9,4
Holz, Papier u. Zellulose	1,3	1,3	1,2	1,2	0,4	0,4	0,3	0,3	2,7	3,1	3,2	3,0
Textilrohstoffe u. -halbwaren	1,7	1,3	1,5	1,6	0,3	0,4	0,3	0,3	3,9	3,1	4,2	4,2
Landwirtsch. Erzeugnisse u. Nahrungsmittel	21,1	17,1	16,1	15,8	17,9	16,7	16,1	15,0	26,1	17,9	16,1	17,4
Industrielle Konsumgüter	12,6	13,4	13,0	12,8	15,5	16,1	15,6	15,9	8,0	7,9	7,1	6,6
Übrige Waren	7,6	8,2	9,5	10,3	8,8	9,6	10,2	11,6	5,7	5,5	7,9	7,7
Saldo	Jährlich, in Mrd. VRbl ³⁾											
Insgesamt	3,2	5,7	7,4	2,1	2,0	3,8	2,1	-0,6	1,3	1,9	5,3	2,7
Maschinen, Ausrüstungen u. Transportmittel	-15,7	-15,2	-14,6	-15,7	-12,6	-11,6	-12,2	-12,1	-3,0	-3,6	-2,4	-3,7
Brennstoffe u. Elektroenergie	34,6	29,4	29,3	25,4	21,4	22,0	20,4	17,7	13,2	7,5	8,9	7,6
Erze u. Metalle	-0,3	0,5	0,9	1,2	2,4	2,4	2,3	2,2	-2,7	-1,8	-1,4	-1,0
Chemische Erzeugnisse u. Kautschuk	-0,6	-0,8	-0,9	-0,6	0,5	0,4	0,4	0,5	-1,1	-1,2	-1,3	-1,1
Holz, Papier u. Zellulose	1,3	1,5	1,5	1,6	1,2	1,2	1,1	1,0	0,1	0,4	0,5	0,6
Textilrohstoffe u. -halbwaren	-0,2	0,1	0,1	0,0	0,7	0,7	0,7	0,7	-1,0	-0,5	-0,6	-0,7
Landwirtsch. Erzeugnisse u. Nahrungsmittel	-13,6	-9,6	-8,7	-9,1	-6,9	-6,3	-6,1	-5,9	-6,7	-3,3	-2,6	-3,3
Industrielle Konsumgüter	-7,3	-6,7	-6,1	-6,4	-5,6	-5,7	-5,4	-5,6	-1,7	-1,0	-0,7	-0,8
Übrige Waren	5,0	6,5	5,9	5,8	1,7	0,8	0,9	0,7	3,4	5,6	4,9	5,0

¹⁾ RGW-Warenklassifizierung. — ²⁾ RGW (9) und übrige sozialistische Länder. — ³⁾ Valuta-Rubel.

Quelle: Außenhandelsjahrbücher der UdSSR.

(durchschnittlicher Wert) des sowjetischen Mineralöls ging um 15 vH zurück. Die Terms of Trade im Handel mit den RGW-Partnern verschlechterten sich hier um insgesamt 6,5 vH. Die sowjetische Handelsbilanz gegenüber dieser Staatengruppe wies zum ersten Mal seit 1973 ein Minus auf (knapp 1 Mrd. VRbl). Gegenüber den sechs europäischen RGW-Mitgliedern betrug das Handelsdefizit über 2 Mrd. VRbl. Auf diese Weise ist der seit 1976 kumulierte Handelsüberschuß der UdSSR gegenüber Osteuropa auf 15,5 Mrd. VRbl verringert worden. Die Tendenz für die Zukunft ist ungewiß. Schon jetzt steht aber fest, daß die Handelsverträge der UdSSR mit den übrigen RGW-Staaten im laufenden Planjahr fünf nicht mehr erfüllt werden können. Alle Seiten haben 1988 weniger geliefert als vereinbart⁶. Zur „Ausbilanzierung des Warenumsatzes“ wurden die „sowjetischen Käufe von Ma-

schinen und Ausrüstungen etwas verringert“. Bis 1990 wird der sowjetische RGW-Handel auf einem Niveau von rund 70 Mrd. VRbl stagnieren. In den Jahren 1991 bis 1995 erwarten die Sowjets einen preisbedingten Rückgang der Einnahmen aus dem Energieexport um 20 Mrd. Rubel, der durch Importkürzungen ausgeglichen werden muß⁷.

Veränderungen im statistischen Nachweis der Länderstruktur des sowjetischen Außenhandels sind teilweise zufallsbedingt, weil der sowjetische Außenhandel auf einem „dualen“ Preisgefüge beruht: Den Zahlungen in

⁶ Vgl. Alexander Safonow: UdSSR-europäische RGW-Länder: nach der Unterzeichnung von Protokollen. In: Außenhandel UdSSR, Nr. 6/1989, S. 2.

⁷ Izvestija CK KPSS, Nr. 7/1989, S. 52.

konvertierbaren Währungen liegen in der Regel die jeweils aktuellen Preise der westlichen Märkte zugrunde. Das Gros des Intra-RGW-Handels wird indes auf der Basis von bilateral ausgehandelten Vertragspreisen abgewickelt, die den Weltmarktpreisen verzögert folgen (Prinzip des gleitenden Fünfjahresdurchschnitts). Eine Arbeitsgruppe des RGW-Exekutivkomitees hat zusammen mit dem RGW-Sekretariat ein neues Konzept für die Art der Zusammenarbeit der RGW-Staaten ausgearbeitet. Darin wird u. a. vorgeschlagen, grundsätzlich die jeweiligen Weltmarktpreise als Verrechnungs- bzw. Zahlungsbasis im RGW anzuwenden. Gegen diesen Vorschlag hat allerdings der Vertreter der DDR sein Veto eingelegt; die DDR bleibe auch in Zukunft beim bisherigen Verfahren der Preisfestsetzung. Die Vertreter Kubas, der Mongolei und Vietnams haben ebenfalls gegen alle Neuerungen Vorbehalte geäußert, wenn dadurch ihre bisherige Vorgehensbehandlung gefährdet würde.

Im Handel mit dem industrialisierten Westen haben sich die Terms of Trade der UdSSR nach einer Schätzung der ECE in den ersten drei Quartalen 1988 um 14 vH verschlechtert⁸. Dies ist in erster Linie auf den Rückgang des durchschnittlichen Erlöses beim Mineralöllexport um 22,5 vH (auf 65,7 VRbl/t) zurückzuführen. Mineralöl war am gesamten Export der Sowjetunion in die OECD-Staaten 1988 noch mit 44 vH beteiligt, das sind sechs Punkte weniger als im Vorjahr. Nach wie vor ist die sowjetische Wirtschaft von diesen Exporten abhängig. Jede Veränderung des Weltmarktpreises von Rohöl um einen US-Dollar je Barrel bewirkt für sie ein Plus oder Minus von knapp 700 Mill. US-\$ (= drei Prozent der Exporterlöse im OECD-Handel).

Die Sowjetunion hat 1988 über 2 Mrd. VRbl für Getreideimporte aus dem OECD-Raum ausgegeben. Auch hier bleibt die sowjetische Abhängigkeit vorerst hoch. Von Januar bis Juni 1989 wurden bereits 38 Mill. t Getreide eingeführt, knapp ein Fünftel mehr als im ersten Halbjahr 1988. Laut Ryshkow wird die UdSSR in diesem Jahr Getreide und Nahrungsmittel im Wert von 5 Mrd. VRbl aus dem Westen importieren. Die sowjetische Regierung hat jetzt zwar beschlossen, die landwirtschaftliche Produktion — 1989 und 1990 versuchsweise — dadurch zu stimulieren, daß die über ein bestimmtes Soll hinaus erzeugten Mengen vom Staat gegen harte Währungen aufgekauft werden. Eine schnelle Minderung der Importabhängigkeit dürfte aber kaum zu erwarten sein.

Die EG-Kommission, deren Rolle im Ost-West-Wirtschaftsverkehr durch die Beschlüsse des diesjährigen Weltwirtschaftsgipfels in Paris erheblich aufgewertet wurde, verhandelt gegenwärtig mit der Sowjetunion über den Abschluß eines umfassenden zehnjährigen Handels- und Kooperationsabkommens. Wenn dieses Abkommen in diesem Jahr zustandekommt, dann wird dies sicherlich ein politisch wichtiger Schritt zur Normalisierung des Verhältnisses zwischen beiden Parteien sein. Schnelle Impulse für den sowjetischen Handel mit der EG sind indes

nicht zu erwarten; denn es wird sich um ein nicht-präferentielles Abkommen handeln, und wichtige „sensible“ Waren (Textilerzeugnisse und Montanprodukte) werden nicht einbezogen.

Auch das sowjetisch-amerikanische Verhältnis könnte sich im wirtschaftlichen Bereich normalisieren. In den USA beginnt eine parlamentarische Debatte über die Streichung des Jackson-Vanik-Amendments, das die Gewährung von Krediten und der Meistbegünstigung an die UdSSR von der sowjetischen Emigrationspolitik abhängig macht und über den Abschluß eines bilateralen Handelsabkommens mit der UdSSR. Beide Großmächte waren füreinander zwar nie wichtige Handelspartner. Eine Normalisierung des wirtschaftlichen Verkehrs zwischen beiden Staaten würde sich aber positiv auf den gesamten Ost-West-Wirtschaftsbereich auswirken. Auf diese Weise könnte auch die CoCom-Problematik entschärft werden.

Finanzielle Aspekte

In der UdSSR wird — trotz Glasnost — die Zahlungsbilanz des Landes in konvertiblen Währungen nach wie vor nicht veröffentlicht. Das Handelsbilanzdefizit (3 Mrd. US-\$) und die — geschätzten — Zinszahlungen (1,6 Mrd. US-\$) weisen indes darauf hin, daß die sowjetische Leistungsbilanz auch im vergangenen Jahr passiv war. Die Sowjetunion hat 1988 auf den internationalen Finanzmärkten mittel- und langfristige Anleihen in Höhe von 2,6 Mrd. US-\$ aufgenommen. Darunter war auch die erste DM-Anleihe in der Bundesrepublik (500 Mill.), wobei die Banken von der UdSSR nicht verlangt hatten, daß sie ihre „Wirtschaftsbücher“ öffnet. Darüber hinaus hat die UdSSR im vergangenen Jahr 258 t Gold im Westen verkauft (1987: 303 t) und dafür schätzungsweise 3,6 Mrd. US-\$ Erlöst (1987: 4,4 Mrd. US-\$)⁹. Diese Goldverkäufe — in den Jahren 1985 bis 1988 waren es insgesamt über 1 150 t (geschätzter Verkaufserlös: knapp 15 Mrd. US-\$)¹⁰ — sind ein erneuter Hinweis auf die finanziellen Auswirkungen der verschlechterten Preisverhältnisse im sowjetischen Westhandel.

Über die Verschuldung der UdSSR in harten Währungen wurden in diesem Jahr erstmalig sowjetische Angaben veröffentlicht. Ryshkow gab die Höhe der Verschuldung „gegenwärtig“ mit 34 Mrd. VRbl und den Schuldendienst in diesem Jahr mit 12 Mrd. VRbl an (umgerechnet zum laufenden Kurs sind das 54 Mrd. bzw. 19 Mrd. US-\$)¹¹. Diese Zahlen sind viel höher als die bisherigen westlichen Schätzungen: Die sowjetischen Gesamtverbindlichkeiten in harten Währungen wurden zum Ende vergangenen Jahres nämlich auf 40 Mrd. US-\$ (ECE,

⁸ Vgl. Economic Commission for Europe, a.a.O., S. 189.

⁹ Vgl. Handelsblatt vom 21./22. Juli 1989.

¹⁰ Vgl. Economic Commission for Europe, a.a.O., S. 212.

¹¹ Pravda vom 10. Juni 1989.

OECD)¹² bzw. auf 33,5 Mrd. US-\$ (Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche)¹³ geschätzt. Kürzlich hat der neue sowjetische Finanzminister für mehr Klarheit gesorgt. In dem Betrag von 34 Mrd. VRbl seien die sowjetischen Verbindlichkeiten aus bilateralen Verrechnungskonten, vor allem gegenüber Finnland und Jugoslawien (ca. 2 Mrd. VRbl), ferner Verpflichtungen gegenüber RGW-Staaten aufgrund von Investitionsbeteiligungen dieser Staaten (ca. 4 Mrd. VRbl) und schließlich ca. 28 Mrd. VRbl Verbindlichkeiten in frei konvertierbaren Währungen enthalten (44,5 Mrd. US-\$). In dieser Summe seien sowohl langfristige Banken- und Lieferantenkredite als auch Depositengeschäfte und kurzfristige Bankenkredite einbezogen, wobei auf die beiden zuletzt genannten Teile „mehr als die Hälfte der genannten Summe entfällt“¹⁴. Auch im Schuldendienst von 12 Mrd. VRbl sind alle diese Operationen enthalten.

Offenbar sind diese Zahlen von der sowjetischen Regierung mit dem Ziel veröffentlicht worden, gegen diejenigen zu argumentieren, die von der sowjetischen Führung eine kreditfinanzierte Steigerung der Konsumgütereinfuhr verlangten¹⁵. Dabei hat man wohl übersehen, daß diese Daten bei den westlichen Banken für erhebliche Unruhe gesorgt haben.

Ende Juni 1989 gab es in der UdSSR insgesamt 680 registrierte Gemeinschaftsunternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung, darunter waren 598 mit westlicher Beteiligung. Bei diesen Unternehmen, von denen unbekannt ist, wieviele tatsächlich bereits produzieren, handelt es sich in der Regel um kleine Vorhaben, eher um Versuchsbällons (das durchschnittliche Satzungskapital der Neugründungen betrug 1987: 6,7 Mill. Rbl, 1988: 3,9 Mill. Rbl und im ersten Quartal 1989: weniger als 3 Mill. Rbl; der Anteil des ausländischen Kapitals lag grundsätzlich bei 40 vH).

Insgesamt gehört die UdSSR (zusammen mit der CSSR und der DDR) zu einer Gruppe von Ländern „with light to moderate debt burdens where there remains some scope for debt to rise in the medium-term“¹⁶. Für die Beurteilung der UdSSR durch westliche Kapitalgeber dürften nicht so sehr die — zunehmenden — wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes eine entscheidende Rolle spielen, schwerer wiegt hier die instabiler gewordene politische Lage des Landes.

Außenwirtschaftspolitische Nah- und Fernziele

Der Import soll im kommenden Jahr einen „spürbaren Beitrag“ zur maximalen Steigerung des Angebots von Konsumgütern leisten. Der Wert der importierten Konsumgüter soll — in Binnenpreisen gerechnet — 32 Mrd. Rbl betragen, gegenüber dem Planansatz für 1989 (21,7 Mrd.; Ist 1988: 21,6 Mrd.) eine Zunahme um fast die Hälfte. Darunter sollen Waren im Wert von 10 Mrd. Rbl (Plan 1989: 4,7 Mrd.; Ist 1988: 5,4 Mrd.) aus dem Westen

importiert werden. Der Anteil des Imports am gesamten Einzelhandelsumsatz soll 1990 bei rund 7,5 vH liegen (1988: knapp 6 vH). Zugleich ist eine „drastische Kürzung der Importe von Waren für die Schwerindustrie“ eingeplant. Auch beim Maschinenimport hat die Produktion von Konsumgütern Priorität.

Die sowjetische Regierung hat jetzt beschlossen, die ersten beiden Sonderwirtschaftszonen — in Nordwestrußland unweit der finnischen Grenze bzw. in der Nähe der sibirischen Stadt Nachodka — einzurichten. Die Funktionsweise dieser Sonderregionen, die sowohl der Exportförderung als auch der besseren Versorgung des Binnenmarktes dienen sollen, ist im Detail noch unbekannt. Der sowjetische Rubel soll um die Jahrtausendwende zu einer frei austauschbaren Währung umgestaltet werden. Dafür muß indes eine ganze Reihe von Voraussetzungen erst noch geschaffen werden. Insbesondere muß die „innere Konvertibilität“ des Rubels sichergestellt werden (Ryshkow), d. h. die freie Verwendung des Geldes auf dem Binnenmarkt. Außerdem müssen wichtige Bestandteile des gesamten Reformpaketes (Preisreform, Großhandel mit Produktionsgütern) zuvor verwirklicht worden sein.

Die UdSSR steuert einen Kurs der Annäherung an das GATT mit der Perspektive einer Voll-Mitgliedschaft in dieser Organisation. Was die Beziehungen zum IWF angeht, so unterhält die UdSSR mit dem Sekretariat dieser Organisation seit kurzem „Arbeitskontakte“. Die Frage nach einer sowjetischen Mitgliedschaft wird zwar geprüft, „sie steht aber noch nicht in einem praktischen Plan“. Die UdSSR strebt langfristig eine intensive Teilnahme ihrer Wirtschaft an der internationalen Arbeitsteilung an. Im Mittelpunkt des Interesses steht dabei die wirtschaftliche Seite des „gemeinsamen europäischen Hauses“: „Zum Endziel könnte die Schaffung eines einheitlichen gesamteuropäischen Marktes und — in noch in fernerer Perspektive — eines einheitlichen Wirtschaftskomplexes Europas werden“¹⁷.

Außenwirtschaftsreform

Die 1987 beschlossenen Reformen der außenwirtschaftlichen Tätigkeit (im wesentlichen: Dezentralisierung

¹² Vgl. Economic Commission for Europe, a.a.O., S. 214. Ferner: East-West Trade and Financial Relations: Developments in 1987-1988 and Future Prospects. In: Financial Market Trends, Nr. 42/1989, OECD, Paris, S. 24.

¹³ Vgl. Gerhard Fink et al.: Die Wirtschaft der RGW-Länder und Jugoslawiens 1988/89, WIIW-Reprint Serie, Nr. 119/1989, S. 302.

¹⁴ Pravitel'stvennyj vestnik, Nr. 14-15/1989, S. 18.

¹⁵ Vgl. Nikolai Schmeljow: Wie kann ein Zusammenbruch der sowjetischen Wirtschaft vermieden werden? In: Moskau News, Nr. 7/1989, S. 8.

¹⁶ East-West Trade and Financial Relations, a.a.O., S. 31.

¹⁷ Sechs Thesen zu Europa. In: Sowjetunion heute, Nr. 5/1989, S. 7.

der Außenhandelsentscheidungen und Stimulierung der Exporte durch betriebseigene Devisenkonto) sind in der sowjetischen Wirtschaftspraxis unwirksam geblieben. Dafür ist nicht nur der Mangel an Fachpersonal verantwortlich. Entscheidend ist vielmehr die überall spürbare Devisenknappheit. Die gesamte Ausfuhr des Landes wird durch zentral vorgegebene Staatsaufträge gesteuert; das Recht zur selbständigen Durchführung der Ausfuhrgeschäfte steht vorerst nur auf dem Papier; ebenso die Gutschrift auf dem betrieblichen Devisenkonto, weil die Bank für Außenwirtschaft diese Konten nicht ausreichend bedient¹⁸. Die knappen Fremdwährungen werden nach wie vor nach zentralen Prioritäten verwendet.

Vor diesem Hintergrund ist bedeutsam, daß die Außenwirtschaftsreform durch einen neuen Ministerratsbeschuß vom 2. Dezember 1988 beschleunigt werden soll¹⁹. Die wichtigsten Bestimmungen dieses Beschlusses lassen sich so zusammenfassen: Sämtliche Wirtschaftssubjekte erhielten am 1. April 1989 das unmittelbare Recht, die Export- und Importgeschäfte selbständig durchzuführen, wenn sie „auf dem Außenmarkt konkurrenzfähig sind“. Voraussetzung ist allerdings, daß man in ein zentrales Register aufgenommen wird; die zentralen Außenwirtschaftsbehörden können die Aufnahme verweigern, „wenn unlautere Konkurrenz stattfindet“ oder wenn die Interessen des Staates geschädigt werden. Es gibt zwei weitere Einschränkungen: Der Staat legt eine Liste von Erzeugnissen fest, die weiterhin nur zentral ausgeführt werden können (bei der gegenwärtigen Warenstruktur ca. 65 bis 70 vH der gesamten Ausfuhr). In einer weiteren staatlichen Liste werden alle Erzeugnisse aufgeführt, deren freie Einfuhr verboten ist²⁰. Ferner kann das Ministerium für Außenwirtschaft für bestimmte Produkte bzw. gegenüber bestimmten Ländern zeitlich begrenzte Ausfuhr- und Einfuhrlizenzen bzw. -quoten einführen, „wenn dies der Zustand der Zahlungsverhältnisse oder andere ökonomische und politische Bedingungen verlangen“. Auf dem Wege zur vollen Selbstfinanzierung mit Fremdwährungen, der laut Beschluß konsequent weitergegangen werden soll, hat sich die Praxis der Devisenbewirtschaftung zugunsten der Unternehmen verändert: Sie können jetzt den ihnen zustehenden Anteil am Devisenerlös einbehalten. Der freie Kauf und Verkauf „gegen sowjetische Rubel zu Vertragspreisen auf Devisenauctionen“ werden zugelassen. Schließlich soll am 1. Januar 1991 „zu einem neuen Wechselkurs in den Verrechnungen der Außenwirtschaftsoperationen“ übergegangen werden, nach und nach soll auf die Verwendung der differenzierten Devisenkoeffizienten bei der Gewinn- und Verlustrechnung verzichtet werden, und vom 1. Januar 1990 wird der Rubel im Rahmen dieser Verrechnungen gegenüber konvertierbaren Währungen um 50 vH abgewertet.

Das Ganze hat vorerst den Charakter eines Experiments. Bis Ende 1990 soll der Entwurf eines neuen Ge-

setzes über die Außenwirtschaftstätigkeit ausgearbeitet werden. Es bleibt abzuwarten, ob es den Reformern gelingt, diese neuen Bestimmungen auch unter den Bedingungen der Devisenknappheit umzusetzen.

Seit dem 1. Januar 1987 ist die Gründung von Gemeinschaftsunternehmen mit westlichem Kapital auf dem sowjetischen Territorium zugelassen. Der rechtliche Rahmen für diese Joint Ventures ist durch den Ministerratsbeschuß vom 2. Dezember 1988 erneut verändert, d. h. weiter an die Wünsche der potentiellen westlichen Kapitalgeber angepaßt worden. Zuvor galt als Grundregel, daß der sowjetische Kapitalanteil an einem Joint Venture mindestens 51 vH betragen mußte und daß der Vorstands- und der Aufsichtsratsvorsitzende sowjetische Staatsbürger sein mußten. Nach der neuen Regelung gibt es hinsichtlich des prozentualen Anteils der ausländischen Beteiligung oder hinsichtlich der Person des Geschäftsführers keine Beschränkungen mehr. Darüber entscheiden einvernehmlich die Gesellschafter ebenso wie über sämtliche Bereiche der Tätigkeit ihres Gemeinschaftsunternehmens, einschließlich der Entlohnung der sowjetischen Mitarbeiter. Für jedes Joint Venture wird es somit ganz entscheidend auf den konkreten Gesellschaftsvertrag ankommen. Über die Zulassung von Joint Ventures hatten seit September 1987 die zuständigen Branchenministerien, andere zentrale Organe der UdSSR bzw. die Regierungen der einzelnen Republiken zu entscheiden. Nach der neuen Regelung „ist den Betrieben, Vereinigungen und Organisationen das Recht zu gewähren, Beschlüsse über die Gründung von Gemeinschaftsunternehmen, internationalen Vereinigungen und Organisationen mit ausländischen Organisationen und Firmen bei Zustimmung des übergeordneten Verwaltungsorgans zu fassen“. Das Finanzministerium der UdSSR und andere Organe werden aufgefordert, die Gründung von Joint Ventures, z. B. durch Steuernachlässe und durch die Versorgung der ausländischen Mitarbeiter mit Wohnraum, nachdrücklich zu fördern; das gilt ganz besonders für Projekte, die in der fernöstlichen Wirtschaftsregion realisiert werden. Diese neuen Regelungen dürften wohl ein Hinweis darauf sein, daß die sowjetischen Behörden mit den bisherigen Ergebnissen ihrer Kapitalimportpolitik nicht zufrieden sind.

¹⁸ In den Jahren 1987 und 1988 wurden auf den Devisenkonto der Unternehmen, Ministerien und Unionsrepubliken Beträge von 1,6 Mrd. VRbl in konvertierbaren Währungen, von 4,6 Mrd. TRbl und von 1,9 Mrd. VRbl in Verrechnungswährungen gutgeschrieben (vgl. Izvestija CK KPSS, Nr. 7/1989, S. 38/39).

¹⁹ Der deutsche Text dieses Beschlusses findet sich in: Außenhandel UdSSR, Nr. 2/1989, S. 44-49. Vgl. ferner Wladimir Kamenzew: Zur Vervollkommnung der Außenwirtschaft der UdSSR. In: Ebenda, S. 2-4.

²⁰ Die Exportliste und die Importliste für die Jahre 1989 und 1990 wurden veröffentlicht in: Ekonomiceskaja gazeta, Nr. 13/1989, S. 23.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Beiträge zur Strukturforchung

Erscheinen seit 1967. Format DIN A 4.

- Heft 89 **Lehre und Berufsausübung.** Eine Längsschnittuntersuchung für Berlin (West). Von Klaus-Peter Gaulke und Detlef Filip unter Mitarbeit von Hans M. Duseberg. 122 S. 1986. DM 42,—.
- Heft 90 **Analyse der Rahmenbedingungen für energiesparende Investitionen im Mietwohnbereich.** Von Bernd Bartholmai, Eckhard Casser und Dieter Vesper. 276 S. 1986. DM 86,—.
- Heft 91 **Regionale Besonderheiten der Preisbildung und Ansätze zur Förderung des Wettbewerbs auf dem Berliner Bau-stoffmarkt.** Von Peter Ring. 188 S. 1986. DM 68,—.
- Heft 92 **I / Industriepolitik im westlichen Ausland — Rahmenbedingungen, Strategien, Außenhandelsaspekte. Allgemeiner Teil.** Von Fritz Franzmeyer, Siegfried Schultz, Bernhard Seidel, Eirik Svindland und Joachim Volz. 270 S. 1987. DM 58,—.
- Heft 92 **I / II Industriepolitik im westlichen Ausland — Rahmenbedingungen, Strategien, Außenhandelsaspekte. Länderbe-richte.** Von Fritz Franzmeyer, Siegfried Schultz, Bernhard Seidel, Eirik Svindland und Joachim Volz. 332 S. 1987. DM 68,—.
- Heft 93 **An der Schwelle zum Beruf — Erfahrungen und Erwartungen von Prüfungsteilnehmern zur betrieblichen Berufsaus-bildung in Berlin (West).** Von Friederike Behringer und Klaus-Peter Gaulke. 236 S. 1987. DM 68,—.
- Heft 94 **Die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesländer in den siebziger und achtziger Jahren — eine vergleichende Ana-lyse —.** Von Kurt Geppert, Bernd Görzig, Wolfgang Kirner, Erika Schulz, Dieter Vesper (DIW), unter Mitarbeit von Johannes Bröcker (Universität Kiel). 548 S. 1987. DM 112,—.
- Heft 95 **Die Glasindustrie — ein Branchenbild.** Von Gerhard Neckermann und Hans Wessels. 364. S. 1987. DM 88,—.
- Heft 96 **Verkehrverhalten im Vergleich — Personenverkehr in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1976 und 1982 nach Verkehrsarten, Zwecken, Entfernungstufen, Gemeindetypen und Bevölkerungsgruppen.** Von Jutta Kloas und Hartmut Kuhfeld. 177 S. 1987. DM 59,60.
- Heft 97 **Die Einkommenslage der Familien in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1973 und 1981.** Von Klaus-Dietrich Bedau, Bernd Freitag und Gerhard Göseke. 490 S. 1987. DM 98,—.
- Heft 98 **Förderung von Innovationen und Arbeitsplätzen im Rahmen der Berliner Strukturprogramme — Eine Erfolgskon-trolle.** Von Kurt Hornschild und Uwe Müller. 276 S. 1987. DM 78,—.
- Heft 99 **Auswirkungen der Mehrwertsteuererhöhung vom 1.7.1983 auf volkswirtschaftliche Gesamtaggregate sowie Haus-halte unterschiedlicher Einkommensstruktur.** Von Klaus-Dietrich Bedau, Dieter Teichmann und Rudolf Zwiener. 239 S. 1987. DM 68,—.
- Heft 100 **Simulation gesamtwirtschaftlicher Perspektiven mit einem ökonomischen Modell für die Bundesrepublik Deutschland.** Von Jürgen Blazejczak. 418 S. 1987. DM 88,—.
- Heft 101 **Entwicklungshilfe, Ausfuhr und Beschäftigung — Eine empirische Untersuchung aus der Sicht der Bundesrepublik Deutschland.** Von Dieter Schumacher. 178 S. 1988. DM 59,60.
- Heft 102 **SO₂- und NO_x-Emissionen in der DDR 1982.** Von Jochen Bethkenhagen, Rainer Hopf, Manfred Melzer, Cord Schwartau und Doris Cornelsen (Projektleitung). 530 S. 1988. DM 112,—.
- Heft 103 **Exportgetriebener Strukturwandel bei schwachem Wachstum — Analyse der strukturellen Entwicklung der deut-schen Wirtschaft.** Strukturberichterstattung 1987. 312 S. 1988. DM 82,—.
- Heft 104 **Struktur und Wettbewerbsfähigkeit der Schuhindustrie in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Gerhard Necke-rmann und Hans Wessels. 172 S. 1988. DM 58,—.
- Heft 105 **Möglichkeiten und Grenzen der Regionalisierung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Kurt Geppert und Bernd Görzig. 212 S. 1988. DM 68,—.
- Heft 106 **Berufsstart in Berlin.** Von Friederike Behringer und Klaus-Peter Gaulke. 250 S. 1988. DM 76,—.
- Heft 107 **Strukturverschiebungen zwischen sekundärem und tertiärem Sektor.** Von Frank Stille, Renate Filip-Köhn, Heiner Flassbeck, Bernd Görzig, Erika Schulz und Reiner Stäglin. 235 S. 1988. DM 74,—.
- Heft 108 **Investitionen, Beschäftigung und Produktivität.** Zu den Arbeitsplatzeffekten einer verstärkten Investitionstätigkeit vor dem Hintergrund sektoraler Entwicklungen. Von Bernd Görzig, Jürgen Blazejczak, Gustav Adolf Horn, Wolfgang Kirner, Erika Schulz und Frank Stille. 265 S. 1988. DM 78,—.
- Heft 109 **Zukünftiger Finanzbedarf für die Verkehrswege in Städten und Gemeinden unter besonderer Berücksichtigung von Ersatzinvestitionen.** Von Heinz Enderlein, Hartmut Kuhfeld und Uwe Kunert. 193 S. 1988. DM 66,—.
- Heft 110 **Die Einkommensverteilungseffekte der Staatsverschuldung in einer unterbeschäftigten Wirtschaft — Analyse an-hand eines ökonomischen Konjunkturmodells für die Bundesrepublik Deutschland.** Von Rudolf Zwiener. 176 S. 1989. DM 62,—.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-1000 Berlin 33

Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00

BTX-Systemnummer * 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Hans Heuer, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Frieder Meyer-Krahmer, Dr. Reinhard Pohl, Prof. Dr. Werner Rothengatter, Dr. Horst Seidler, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Die sowjetische Wirtschaft in der Krise. Bearbeitet von Ulrich Weißenburger. —

Sowjetische Außenwirtschaft: Devisenknappheit behindert Außenwirtschaftsreform. Bearbeitet von Heinrich Machowski.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 125,—, vierteljährlich DM 35,—, Einzelnummer DM 4,—.

Zuzüglich Versandkosten